

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 34 (1993)  
**Heft:** 17

**Artikel:** Die europäische Perspektive Polens  
**Autor:** Suchocka, Hanna  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1092765>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Hanna Suchocka

## Die europäische Perspektive Polens

Die noch bis zu den vorgezogenen Parlamentswahlen amtierende polnische Ministerpräsidentin Hanna Suchocka zeichnet sich durch klare Vorstellungskraft und nüchtern-pragmatisches Beurteilungsvermögen aus. Mit diesen Eigenschaften konnte sie sich in der gegenwärtigen innenpolitischen Spannungslage in Polen nicht halten. Ihr Rücktritt als Ministerpräsidentin ist kein Austritt aus der Politik. Und das ist gut so, wie ihr durchdachtes europäisches Bekenntnis deutlich macht, das wir hier als Nachdruck des in Brüssel erscheinenden «NATO BRIEF» Nr. 3/93 veröffentlichen.

Konrad Adenauer hat einmal gesagt, nur das Bewusstsein, dass die Freiheit Europas unteilbar ist, werde dem Europagedanken die nötige Dynamik verleihen. Seit diese Worte ausgesprochen wurden, sind viele Jahre vergangen, und wir scheinen nun kurz vor der Verwirklichung eines Europas zu stehen, das frei und ungeteilt ist. Zurzeit braucht Europa jedoch neue Anstöße, Energien und Impulse, damit es die nach dem Ende des Kommunismus entstandenen Chancen optimal nutzen kann. Die Überzeugung, dass ein starkes, stabiles und wohlhabendes Europa ohne eine echte Einigung unseres Kontinents nicht möglich ist, kann uns die nötigen Impulse verleihen.

In den letzten Jahren, d. h. seit dem Ende des Kalten Krieges und dem endgültigen Zusammenbruch des sogenannten «real existierenden» Sozialismus in Mittel- und Osteuropa, ist ein stabiles und sicheres Europa in seinen Konturen deutlicher erkennbar und die Verwirklichung eines solchen Europas wahrscheinlicher geworden als je zuvor. Die weltweite Ost-West-Konfrontation gehört der Vergangenheit an. Die Bande der Zusammenarbeit und der Partnerschaft zwischen den verschiedenen Ländern unseres Kontinents werden wiederhergestellt und verstärkt. Die neuen Gegebenheiten bringen jedoch auch neue Herausforderungen mit sich, denen wir uns stellen müssen. Diese Herausforderungen sind anderer Art als die, mit denen wir vor 10 oder 20 Jahren konfrontiert waren. Paradoxe Weise hat der Zusammenbruch des Totalitarismus zu zahlreichen Entwicklungen und Problemen geführt, die schon überwunden zu sein schienen.

### Mehr Zusammenhalt in Europa

Trotz der Massnahmen der Völkergemeinschaft, einschliesslich der Schritte der KSZE und der Vereinten Nationen, geht der grausame Krieg im ehemaligen Jugoslawien noch immer weiter. Der Konflikt in der Republik Moldau ist noch nicht beigelegt, und gleichzeitig kämpft man im gesamten Gebiet der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten mit unzähligen Schwierigkeiten. In verschiedenen Teilen Europas, nicht nur in Mittel- und Osteuropa, haben sich Nationalismus, Fremdenhass und Intoleranz als reale Gefahren für die Menschenrechte und die politische Stabilität ausgebreitet.

Die derzeitige Sicherheitslage in Europa weist aber auch eindeutig positive Elemente auf: die zunehmende politische Homogenität Europas; die Entwicklung des KSZE-Prozesses; die Tendenzen zur Zusammenarbeit zwischen verschiedenen europäischen und transatlantischen Strukturen und Organisationen sowie die sich herausbildende neue militärische Ordnung unter den KSZE-Staaten. Diese neue politische und militärische Konfiguration ist sowohl in bezug auf die Geschichte Europas als auch weltgeschichtlich gesehen einzigartig. Wir haben diese Chance bekommen, und Polen ist entschlossen, sie in unserem gemeinsamen Interesse zu nutzen.

Das Atlantische Bündnis ist das wichtigste Element des neuen europäischen Sicherheitssystems. Es ist ein Stützpfiler der Sicherheit und Stabilität in Europa, und diese wichtige Rolle, die sich aus den folgenden besonderen Kennzeichen der NATO ergibt, wird es auch in Zukunft spielen; zu diesen Kennzeichen zählen

- das integrierte Verteidigungssystem des Bündnisses,
- die transatlantische Partnerschaft zwischen Europa und Nordamerika,
- seine militärische Stärke und seine Fähigkeit zur Anpassung an neue internationale Gegebenheiten.

Die polnische Regierung ist der Überzeugung, daß Europa und Nordamerika als eine zusammenhängende Sicherheitszone zu betrachten sind. Folglich



Ministerpräsidentin auf Zeit: Hanna Suchocka.

zählen die Präsenz der Vereinigten Staaten in Europa und ihre europäischen Verpflichtungen zu den Grundvoraussetzungen für die Sicherheit und Stabilität auf diesem Kontinent. Die Sicherheit Europas sollte sich auf die vorhandenen Strukturen stützen, die pragmatisch entwickelt und an das sich ändernde Umfeld angepasst worden sind. Jede dieser Strukturen hat ihre eigenen Potentiale und Arbeitsgebiete. Wir wollen dafür sorgen, daß sie sich besser gegenseitig ergänzen und stärker auf Zusammenarbeit ausgerichtet sind, und wir können feststellen, dass auch andere unseren Standpunkt teilen.

Die Sicherheitspolitik Polens ist untrennbar mit den europäischen und transatlantischen Sicherheitsfragen sowie mit den derzeitigen Entwicklungen in unserer eigenen Region verbunden.

Fortsetzung Seite 4

Das Atlantische Bündnis ist das wichtigste Element des neuen europäischen Sicherheitssystems.

Europa hat sich in den letzten vier Jahren tiefgreifend verändert. Es gibt keinen besseren Gradmesser als Polen, um sich das Ausmass dieser Veränderungen vor Augen zu führen. Polen ist wahrscheinlich das einzige Land der Welt, in dessen Nachbarstaaten sich ausnahmslos ein grundlegender Wandel vollzogen hat. Gute Beziehungen zu allen Nachbarn zählen somit zu den höchsten Prioritäten der polnischen Aussenpolitik.

Die russischen Streitkräfte ziehen derzeit vereinbarungsgemäss aus Polen ab, und dieser Prozess wird in letzter Zeit beschleunigt. Wir sehen, dass der Abzug schneller durchgeführt und bis Ende 1993 abgeschlossen werden könnte.

## Die Integration in die EG

In den Augen der polnischen Regierung besteht das Kriterium, nach dem wir unseren politischen Kurs festlegen, einzig und allein in der Frage, was den polnischen Interessen am besten dient. Wir treten nun in die nächste Phase unserer Reformen ein; wir wollen noch in diesem Jahrzehnt auf den Weg des Wirtschaftswachstums gelangen; wir wollen unsere Demokratie stärken und eine engere Einbindung in Europa erreichen, wozu auch die Vollmitgliedschaft Polens in den Europäischen Gemeinschaften zählt. Wir möchten ein demokratisches, stabiles, sicheres und wohlhabendes Polen, ein Land, das die den Römischen Verträgen zugrundeliegenden Werte uneingeschränkt achtet. Aus dieser Perspektive ist unser Beitritt zur EG zu bewerten.

Die Integration Mittel- und Osteuropas in die Europäischen Gemeinschaften bedeutet weit mehr als eine blosser Erweiterung der EG um einige neue Mitglieder. Der Zusammenbruch des Kommunismus und die Beseitigung des Eisernen Vorhangs müssen zu den dramatischsten und weitreichendsten Ereignissen dieses Jahrhunderts gerechnet werden. Wir leben nun in einem neuen, veränderten Europa. Meiner Meinung nach ist die vor uns liegende Aufgabe schwieriger, als sie zu sein scheint, selbst wenn sie auch enorme Chancen mit sich gebracht hat. Unsere Aufgabe besteht darin, ein neues, geeintes Europa zu schaffen, das den kühnen Ideen Schumans, Monnets und Adenauers gerecht wird. Wir können darauf hoffen, einen Wirtschaftsaufschwung in ganz Europa und einen gemeinsamen Markt zu erreichen, der den freien Verkehr von Personen, Waren und Dienstleistungen ermöglicht. Die mit der EG und der EFTA geschlossenen Verträge sind nicht nur für Mittel- und Osteuropa wichtig, sondern auch für Europa insgesamt von zentraler Bedeutung. Trotzdem bilden sie lediglich den Anfang eines Prozesses, in dessen Verlauf die auf unserem Kontinent bestehenden realen Trennmauern beseitigt werden können.

Wir wussten von Anfang an, dass die Einbindung in die EG ein recht langwieriger Prozess sein würde. Die EG, die EFTA und die neuen europäischen Demokratien haben genau das gleiche langfristige Ziel: einen demokratischen, stabilen und wirtschaftlich starken Kontinent. Problematisch wird es, wenn man über die Mittel zur Erreichung dieses

**Wir wollen noch in diesem Jahrzehnt auf den Weg des Wirtschaftswachstums gelangen; wir wollen unsere Demokratie stärken und eine engere Einbindung in Europa erreichen.**

**Die EG, die EFTA und die neuen europäischen Demokratien haben genau das gleiche langfristige Ziel: einen demokratischen, stabilen und wirtschaftlich starken Kontinent.**

Zieles spricht. An diesem Punkt scheinen unsere Interessen manchmal entgegengesetzt zu sein.

Zunächst einmal müssen alle ehemals kommunistischen Staaten die zentral gesteuerten Kontrollmechanismen ihrer Wirtschaft abbauen. Der Aufbau neuer, wirtschaftlich vernünftiger Institutionen wird mehrere Jahre dauern. In der Zwischenzeit werden unsere Produzenten dann mit einer hochentwickelten, wenn nicht sogar überentwickelten EG-Bürokratie und verschiedenen Mechanismen zum Schutz der Märkte, die sehr wenig mit Freihandel zu tun haben, konfrontiert sein — ganz zu schweigen von Anschuldigungen wegen tatsächlicher oder mutmasslicher Dumping-Methoden.

Zweitens leidet die EG unter einer Verschlechterung der Wirtschaftslage. Dies ist nicht nur an sich sehr bedauerlich, sondern könnte auch gravierende Folgen für den Zugang unserer Erzeugnisse zu den EG-Märkten haben. In allen postkommunistischen Staaten ist die Wirtschaft drastisch geschrumpft, weil wir damit aufhören mussten, Waren herzustellen, die allen Regeln der Wirtschaft und des gesunden Menschenverstands widersprechen. Daher ist unsere Handelsbilanz mit der EG vorerst noch negativ, womit also ein offensichtlicher Fall von entgegengesetzten Interessen vorliegt.

Drittens hat die EG ihre gemeinsame Agrarpolitik, deren Kosten so hoch sind, dass kein mitteleuropäisches Land jemals in der Lage sein wird, diesen Mechanismus einzuführen, denn das wäre angesichts unserer Finanzknappheit und der grossen Zahl der Landwirte unmöglich. Zur Umstrukturierung unserer Landwirtschaft brauchen wir aber einen guten Zugang zu den Märkten der EG. Somit stehen wir vor einem weiteren offensichtlichen Fall von diametral entgegengesetzten Interessen.

Man könnte ferner hinzufügen, dass die EG sehr um die Wahrung ihrer sozialen Errungenschaften bemüht ist, was dem freien Zustrom von Bürgern aus den postkommunistischen Staaten entgegensteht und eine recht kostspielige Angelegenheit darstellt. Darüber hinaus erkenne ich einen Widerspruch zwischen der Effizienz der Gemeinschaft und ihren Aussichten auf Erweiterung. Probleme, Fragen und Vorbehalte, die sich nun zu häufen scheinen, dürfen uns nicht die Chance zu strategischem Denken nehmen. Unsere Zukunft liegt in einem gemeinsamen Europa, das dank seiner integrierten Politik und seiner integrierten Strukturen die Dilemmata einer sich ändernden Welt besser bewältigen und alle durch diese Veränderungen entstehenden Chancen optimal nutzen kann.

Landwirtschaft: Diametral entgegengesetzte Interessen.

**Probleme, Fragen und Vorbehalte, die sich nun zu häufen scheinen, dürfen uns nicht die Chance zu strategischem Denken nehmen.**



## Mehr regionale Initiativen

Polen strebt nicht nach einer sofortigen EG-Mitgliedschaft. Wir erwarten auch keine Sondermassnahmen. Wir wollen jedoch als echter Partner und künftiger Mitgliedstaat behandelt werden. Je mehr dies nun geschieht, desto weniger wird nach unserem Beitritt zu regeln sein.

Wir meinen, dass die Sicherheit und die Stabilität Europas auch durch regionale Initiativen gestärkt werden sollten. Die Zusammenarbeit zwischen Polen, der Tschechischen und der Slowakischen Republik sowie Ungarn ist für Polen nach wie vor die wichtigste regionale Initiative. Die Fortschritte Polens und anderer Staaten Mittel- und Osteuropas auf dem Weg zur Marktwirtschaft und zu einer demokratischen Staatsordnung bieten die Grundlage für die Beseitigung der Überreste des alten Systems, das die internationalen Wirtschaftsbeziehungen stark beeinträchtigte.

Die Schranken, die zwischen den Ländern unserer Region bestanden, werden nun abgebaut. Dies wurde auch dadurch deutlich, dass die Unterzeichner des Übereinkommens von Visegrad die erste Freihandelszone in diesem Teil Europas, nämlich die sogenannte CEFTA, gegründet haben. Wir alle wissen, dass die Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern nicht nur im politischen und wirtschaftlichen Bereich, sondern auch bei Sicherheitsfragen zunehmen sollte.

## Die Beziehungen zur NATO

Als Polen begann, die Demokratie einzuführen und eine Marktwirtschaft aufzubauen, erklärte es, dass es sich die politischen Ziele der NATO zu eigen mache. Polen ist daran gelegen, dass sich die NATO für die Sicherheit und Stabilität Mitteleuropas einsetzt und unsere Region als zusammenhängende Sicherheitszone behandelt wird.

Wir wissen durchaus zu schätzen, dass sich die Position des Bündnisses bezüglich der Nöte und Probleme der neuen Demokratien weiterentwickelt hat. Dies ist für uns von grösster Bedeutung. Aus unserer Sicht ist die Gründung des Nordatlantischen Kooperationsrates (NAKR) von besonderem Wert, aber die polnische Regierung möchte auch, dass aus dem NAKR ein Forum wird, in dem sich die Länder Mittel- und Osteuropas an der Debatte über die Zukunft der NATO und die Zukunft der europäischen Sicherheit beteiligen können.

Bei der Entwicklung unserer Beziehungen zur NATO messen wir der Zusammenarbeit mit den NAKR grosse Bedeutung bei. Wir schätzen die Möglichkeiten zum konkreten Dialog und zur

**Wir betrachten unsere Beziehungen zur NATO als dynamischen Prozess.**

praktischen Zusammenarbeit in diesem Forum, das auch für die im Hoheitsgebiet der ehemaligen Sowjetunion entstehenden neuen Staaten von Wert sein könnte.

Wir würden es begrüßen, wenn dieser Dialog zu grösserer Sicherheit für Polen führen könnte. Obwohl Polen nun sowohl innen- als auch aussenpolitisch betrachtet ein sicheres Land ist, besteht das Ziel der polnischen Regierung nämlich darin, für Polen selbst wie auch für andere europäische Staaten eine umfassendere Form von Sicherheit zu erreichen. Wir erwarten dass die NATO im Laufe der Zeit weitere und zunehmend bedeutendere Verpflichtungen im Hinblick auf die Tschechische und die Slowakische Republik, Ungarn und Polen eingeht – Verpflichtungen, die schliesslich zur Integration dieser Staaten in das atlantische Sicherheitssystem führen werden.

Darüber hinaus möchte ich die Bedeutung der bilateralen Beziehungen zwischen Polen und dem Atlantischen Bündnis hervorheben. In den Jahren unserer bisherigen Kontakte haben wir auf verschiedenen politischen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Gebieten einen hohen Grad an Partnerschaft und Zusammenarbeit erreichen sowie einen umfassenden Dialog führen können.

Auch zwischen dem polnischen Parlament und der Nordatlantischen Versammlung sind gute Kontakte auf der Arbeitsebene entwickelt worden. Diese Vielfalt der Verbindungen ist ausserordentlich hilfreich, wenn wir bedenken, welche Sicherheitsanliegen Polen hat und wie sehr wir entschlossen sind, alles in unseren Kräften Stehende zu tun, um in Europa eine neue, dauerhafte Friedensordnung zu schaffen.

Wir betrachten unsere Beziehungen zur NATO als dynamischen Prozess. Ich bin davon überzeugt dass es keinen Grund zu der Annahme gibt, der derzeitige Stand der Kontakte sei bereits die Endstufe. Wir wollen diesen Prozess auch dadurch weiterentwickeln, dass wir neue Elemente einbringen und neue Möglichkeiten aufzeigen, wobei wir stets unser strategisches Ziel im Auge behalten, nämlich die Vollmitgliedschaft im Atlantischen Bündnis.

Heute ist die einst mit dem Isolationismus verbundene Stabilität nicht mehr vorhanden, aber der Isolationismus an sich gehört noch nicht der Vergangenheit an. Die kühne Vision Schumans und Monnets ist nicht durch ebenso kühne Angebote an die neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropa erweitert worden. Die halbherzige Reaktion der EG auf unsere Ziele und Bedürfnisse ist der Beweis dafür.

**Dass uns eine richtungweisende Vision der neuen europäischen Ordnung fehlt, behindert die Entwicklung Europas und stellt eine Gefahrenquelle dar.**

## Europa: gemeinsam planen, handeln

Dass uns eine richtungweisende Vision der neuen europäischen Ordnung fehlt, behindert die Entwicklung Europas und stellt eine Gefahrenquelle dar, denn zum erstenmal in der Geschichte unseres Kontinents bekennen sich so viele Nationen zu Freiheit und Demokratie. Alle Europäer sind mit den gleichen Veränderungen und Gefahren konfrontiert, so dass wir unsere Chancen nur optimal nutzen können, wenn wir gemeinsam handeln und planen. Getrennt werden wir die Probleme nie lösen. Es ist gefährlich naiv, davon auszugehen, dass sich Westeuropa von den Problemen, die nach dem Zusammenbruch des Kommunismus entstanden sind, durch einen Cordon sanitaire abgrenzen könnte.

Je eher dieser neue Isolationismus der Zeit nach dem Kalten Krieg überwunden wird, desto besser ist dies für uns alle, für Europa und für die Welt insgesamt. Die Dimensionen der Herausforderungen, die vor uns liegen, verlangen gemeinsames Handeln. Die Umstände zwingen West-, Mittel- und Osteuropa, ihre Massnahmen aufeinander abzustimmen, noch bevor die förmliche Integration der politischen und wirtschaftlichen Strukturen abgeschlossen ist.

Politiker begegnen neuen Zeiten häufig mit Angst, weil solche Zeiten Mut und Weitsicht verlangen. Wenn wir die aus dem Sturz des Kommunismus entstandene Euphorie nicht ungenutzt verstreichen lassen wollen, müssen wir weiter voranschreiten. Die meisten wollen ein Europa mit weniger Schranken; wir dürfen uns nicht durch unsere Ängste oder durch Gleichgültigkeit entmutigen lassen.

Jeder muss erkennen, dass die Freiheit, die Stabilität und der Wohlstand von Ländern, die über so viele Jahre hinweg das Experiment des Kommunismus durchgeführt haben, im Interesse aller demokratischen Staaten liegt. ■